

# DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

129/2001

Kiel, 12. November 2001

## **17. Tagung des Landtages: Debatte über die Ergebnisse der Steuerschätzung**

*Kiel (SHL) – Am Mittwoch, 14. November 2001, beginnt der Schleswig-Holsteinische Landtag um 10:00 Uhr mit seiner 17. Tagung. Die Tagesordnung sieht eine Beratung bis Freitag Mittag vor. Den größten Raum wird die Debatte über die Ergebnisse der Steuerschätzung einnehmen, die für Mittwoch Nachmittag vorgesehen ist.*

Beginnen wird der Landtag am **Mittwoch** Morgen mit einem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1371). Darin wird die Verschiebung der Zweiten Lesung des Haushaltes 2002 in den Januar beantragt. Danach folgt eine Fragestunde, zu der der Abgeordnete **Dr. Ekkehard Klug (FDP)** folgende Fragen angemeldet hat:

„Wie begründet die Bildungsministerin ihre in der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und des Bildungsausschusses am 8. Oktober 2001 im Hinblick auf geplante Einsparungen bei Landeszuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft laut Ausschussprotokoll getroffene Aussage, dass ihr die drohende Schließung einer bestimmten Schule nicht bekannt sei, angesichts dessen,

- dass der Geschäftsführer des Vereins zur Förderung der Waldorfpädagogik Flensburg am 14. August 2001 ein Schreiben an die Ministerin gerichtet hat, in dem es u.a. heißt: „Mit der bevorstehenden Kürzung wird der Waldorfschule Flensburg ein tödlicher Stoß versetzt. Als Geschäftsführer des Trägervereins bin ich mit Blick auf die mit großer Planungssicherheit prognostizierte Haushaltssituation 2002 nach aktuellem Insolvenzrecht dazu verpflichtet, dem Vorstand des Vereins zur

Förderung der Waldorfpädagogik Flensburg e.V. die Anmeldung der Insolvenz zum 31. 12. 2001 nahe zu legen’;

- dass der Staatssekretär des Bildungsministeriums den Eingang dieses Schreibens am 24. August 2001 mit der Bemerkung bestätigt hat, die darin vorgetragenen Bedenken würden ‚Gegenstand des weiteren Entscheidungsprozesses sein.’?“

Danach werden die Beratungen mit einer **Regierungserklärung zu den Milzbrand-Verdachtsfällen** fortgesetzt. Dabei geht es um die am 2. November in Neumünster gefundenen Pakete, deren Inhalt zunächst unter dem Verdacht stand, Milzbrand auszulösen. Erst die Analyse des Robert-Koch-Institutes in Berlin hatte Gewissheit gebracht, dass dies nicht der Fall war.

Die **Wettbewerbsstellung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft** war Gegenstand einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion aus dem Mai dieses Jahres, zu der nunmehr die Antwort vorliegt (Drs. 15/1331). Dabei geht es um einen Vergleich der Fördermaßnahmen für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft mit denen der anderen Bundesländer.

Die **Sicherung der Pflegequalität** ist ein Thema, das den Landtag bereits mehrfach beschäftigt hat. Zu dieser Tagung berichtet die Regierung auf Anforderung des Landtages über die **Umsetzung des Handlungskonzeptes des Sozialministeriums** (Drs. 15/1342). Grundlage des Berichtes ist ein CDU-Antrag (Drs. 15/1269), der konkrete Fragen zu diesem Handlungskonzept enthielt.

Am Nachmittag geht es in verbundener Debatte um die **Ergebnisse der Steuerschätzung und die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein**. Grundlage der Debatte sind eine Regierungserklärung sowie ein Berichtsantrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1262) aus der vorherigen Tagung des Landtages.

**Sonderschulen und Förderunterricht in Schleswig-Holstein** sind Gegenstand der folgenden Beratungen. Zu diesem Themenkomplex hatte die CDU-Fraktion im August 2001 eine Große Anfrage (Drs. 15/1139) vorgelegt, deren Beantwortung durch die Regierung (Drs. 15/1336) nun im Plenum diskutiert wird. Dabei geht es insbesondere um Unterrichtssituation an den Förderschulen sowie den Stand der Integration in die Regelschulen.

Letzter Tagesordnungspunkt am Mittwoch ist schließlich die **Machbarkeitsstudie zur Ausweisung des Nationalparks Wattenmeer als Weltkulturerbe**. Dazu liegen ein Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 15/1249) sowie ein Bericht der Landesregierung (Drs. 15/1354) vor. In der Diskussion wird es darum gehen, ob die Landesregierung – wie von der FDP gefordert – eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gibt oder nicht. Die Regierung lehnt dies in dem vorgelegten Bericht ab.

Am **Donnerstag, 15. November 2001**, geht es zu Beginn um die **Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe**. Hierzu liegt ein über hundert Seiten starker Bericht der Landesregierung vor, der auf einen Beschluss des Landtages vom Dezember vergangenen Jahres zurück geht (Drs. 15/567neu). Darin entwickelt die Landesregierung ein Rahmenkonzept sowie einen Handlungsleitfaden für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe in Schleswig-Holstein. Ein weiteres schulpolitisches Thema folgt: die **Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung** ist Gegenstand eines Regierungsberichtes (Drs. 15/1328), den der Landtag auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/1186) angefordert hatte. Die Regierung wertet die bislang im Bereich der berufsbildenden Schulen erprobten Modelle der Stellenbesetzung durch die einzelnen Schulen als positiv. Für den nächsten Einstellungstermin zum Schuljahresbeginn 2002/2003 ist beabsichtigt, die Dezentralisierung auch an Gymnasien und Gesamtschulen flächendeckend umzusetzen.

Der **Statistische Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2000** (Drs. 15/1322) wird anschließend gemeinsam mit einem Antrag der FDP-Fraktion zu **Erfolgskontrolle Arbeit für Schleswig-Holstein (ASH) 2000** (Drs. 15/1352) diskutiert.

Letzter Punkt vor der Mittagspause ist das **Umweltranking**. Hierzu liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vor (Drs. 15/1353), in dem das vom Umweltministerium durchgeführte Umweltranking der Kreise und kreisfreien Städte abgelehnt wird. Gefordert wird dagegen ein neues Konzept, das mit dem Umweltausschuss des Landtages abgestimmt werden soll.

Am Nachmittag debattiert der Landtag zunächst über die **Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt**. Sie ist Gegenstand eines Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/1173), den der Landtag einstimmig im März

diesen Jahres gefordert hatte. In dem 60-seitigen Papier wird unter anderem darauf verwiesen, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Schleswig-Holstein gegenüber denen der Männer überproportional gestiegen ist. Daher werden die Frauen als „Gewinnerinnen des Arbeitsmarktes“ bezeichnet.

Danach geht es auf Antrag der CDU um die **Abschaffung der Befahrensabgabe des Nord-Ostsee-Kanals** (Drs. 15/1357). Darin fordert die CDU, dass die Landesregierung sich beim Bund für die Abschaffung dieser Abgabe einsetzt. Damit soll nach der Einführung der sogenannten LKW-Maut für Autobahnen der Kanal als Verkehrsträger attraktiv werden.

Der **Bericht über die Entwicklung der Museen in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/1169) steht danach auf der Tagesordnung des Landtages. Darin legt die Regierung auf Beschluss des Landtages vom Mai 2001 ein Konzept für die künftige Entwicklung der Museumslandschaft in Schleswig-Holstein vor.

Anschließend geht es dann ebenfalls aufgrund eines Berichtes der Landesregierung um **Stand und Perspektiven von Denkmalschutz und Denkmalpflege in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/1320).

Ein **Bericht zur Biologischen Vielfalt (Biodiversität) in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/1323) ist danach Gegenstand der Landtagsdebatte. Die Landesregierung geht darin auf den Stand der heimischen Tier- und Pflanzenarten und berichtet über Maßnahmen des Naturschutzes durch das Land. Auf Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 15/913) hatte der Landtag im Mai diesen Jahres diesen Bericht gefordert.

Letzer Punkt am Donnerstag ist dann ein Bericht der Landesregierung über den **Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein** (Drs. 15/1349). Dieser Bericht wurde auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1261) angefordert. Er enthält unter anderem Ausführungen über die Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein, die im März 2001 von der Landesregierung gegründet worden ist. Vorsitzende des Initiativkreises ist Ministerpräsidentin Heide Simonis.

Am **Freitag, 16. November 2001**, geht es dann um **die Organisations- und Rechtsformprüfung in der Forstwirtschaft**, zu der die Landesregierung auf Beschluss des Landtages einen Bericht vorgelegt hat. (Drs. 15/1321)

Um die von der Bundesregierung angekündigte **Erhöhung der Tabaksteuer** im Rahmen des Gesetzes zur Finanzierung der Terrorbe-

kämpfung geht es in einem CDU-Antrag (Drs. 15/1301). Die CDU fordert die Landesregierung darin auf, die Erhöhung abzulehnen und dem Gesetzentwurf im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Die **Aufhebung des Bankgeheimnisses nach § 30a Abgabenordnung** fordern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem anschließend zu befassenden Antrag (Drs. 15/1305). Durch eine entsprechende Initiative im Bundesrat sollen die Ermittlungsmöglichkeiten der Steuerbehörden zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung erleichtert werden. Zugleich geht es um die Verfolgung nationaler und internationaler krimineller und terroristischer Finanzströme.

Abschließend berät der Landtag dann über einen Antrag der CDU-Fraktion zu **Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flughäfen und Luftlandeplätzen** (Drs. 15/1355). Demnach soll die Landesregierung in der Landtagssitzung über Maßnahmen berichten, die die kleineren Flughäfen im Lande vor möglichem Missbrauch durch Attentäter und Terroristen schützen.

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen;** die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
4	Kostenträger-Infektionsschutzgesetz (Drs. 15/1291)	5
5	Änderung des Landesbeamtengesetzes (Drs. 15/1343)	5
6	Änderung der Landesdisziplinarordnung (Drs. 15/1345)	5
7	Landesschlichtungsgesetz (Drs. 15/1346)	5
9	Staatsvertrag Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers (Drs. 15/1302)	-
10	Errichtung einer Psychotherapeutenkammer (Drs. 15/1319)	-
17	Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit (Drs. 15/1306)	-
18	Bericht zur Personalstruktur- und Dienstrechtsreform (Drs. 15/1344)	-
19	Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus (Drs. 15/1351)	-
25	Änderung der Geschäftsordnung (Drs. 15/1359)	-
26	Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht	-
27	Unterrichtssituation (Drs. 15/1052)	-
31	Besetzung von Führungspositionen im Organisationsbereich der Landesbank (Drs. 15/1272)	5
32	Bericht über die Tätigkeit von Sekten (1303)	-
33	Tätigkeit des Eingabenausschusses (Drs. 15/1317)	5
39	Förderpolitik für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Drs. 15/1325)	-
40	Erhalt der Abendschulen (Drs. 15/1326)	-
41	Studienangebote für Architektur und Bauingenieurwesen (Drs. 15/1327)	-
43	Entschließung zur Telekommunikations-Überwachungsverordnung (Drs. 15/1341)	5

45	Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberlandesgerichts (Drs. 15/1347)	-
46	Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landesarbeitsgericht (Drs. 15/1348)	-

## Reihenfolge der Beratung der 17. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt.**

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl .Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 14. November 2001</b>			
50	Fragestunde	30	10:00
2	Regierungserklärung zu den Milzbrand-Verdachtsfällen	35	10:30
11	Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft	60	11:05
44	Sicherung der Pflegequalität	60	12:05
<b>3 u.49</b>	<b>Regierungserklärung über die Ergebnisse der Steuer- schätzung sowie wirtschaftliche Entwicklung in Schles- wig-Holstein</b>	<b>95</b>	<b>15:00</b>
13	Sonderschulen und Förderunterricht	35	16:35
14 u.48	Nationalpark Wattenmeer	35	17:10
<b>Donnerstag, 15. November 2001</b>			
<b>38</b>	<b>Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
42	Lehrerpersonalverwaltung	30	11:00
20 u.36	Erfolgskontrolle ASH 2000 und Arbeitsmarktbericht	60	11:30
21	„Umweltranking“	30	12:30
<b>29</b>	<b>Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
24	Befahrungsabgabe des Nord-Ostsee-Kanals	30	15:30
28	Entwicklung der Museen	30	16:00
34	Denkmalschutz und Denkmalpflege	30	16:30
37	Bericht zur Biologischen Vielfalt	30	17:00
47	Wellness- und Gesundheitstourismus	30	17:30
<b>Freitag, 16. November 2001</b>			
<b>35</b>	<b>Organisations- und Rechtsformprüfung in der Forstwirt- schaft</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>
15	Keine Erhöhung der Tabaksteuer	30	10:30
16	Aufhebung des Bankgeheimnisses	30	11:00
22	Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flugplätzen	30	11:30

## Ablauf und Beratungszeiten der 17. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	B'90/ GRÜNE	SSW	Reg	zus.
<b>1</b>	<b>Aktuelle Stunde</b>								<b>90</b>
<b>2</b>	<b>Regierungserklärung zu den Milzbrand-Verdachtsfällen - Mittwoch 10:00 Uhr -</b>	-	10	10	10	10	10	15	65
<b>3</b>	<b>Regierungserklärung über die Ergebnisse der Steuerschätzung - mit TOP 49 Mittwoch 15:00 Uhr -</b>	-	15	15	15	15	15	20	95
<b>Zweite Lesungen</b>									
4	Kostenträger-Infektionsschutzgesetz (Reg.)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
5	Änderung des Landesbeamtenge- setzes und anderer Gesetze (Reg.)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
6	Änderung der Landesdisziplinar- ordnung (Reg.)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
7	Landesschlichtungsgesetz (Reg.)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
8	Gesundheitsdienstgesetz (Reg.) - <b>nicht am Freitag -</b>	5	5	5	5	5	5	5	35
<b>Erste Lesungen</b>									
9	Staatsvertrag über die Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers der Nordsee (Reg.)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
10	Gesetz zur Errichtung einer Psy- chotherapeutenkammer und zur Änderung des Heilberufegesetzes (Reg.)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
<b>Große Anfragen</b>									
11	Wettbewerbsfähigkeit der schles- wig-holsteinischen Landwirtschaft (CDU)	-	10	10	10	10	10	10	60
12	Sport in Schleswig-Holstein (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
13	Sonderschulen und Förder- unter- richt in Schleswig-Holstein (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
<b>Anträge</b>									
14	Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Wattenmeer als Weltkulturerbe (FDP) <b>- mit TOP 48 -</b>	-	5	10	5	5	5	5	35
15	Keine Erhöhung der Tabaksteuer (CDU) <b>- nicht am Donnerstag -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
16	Aufhebung des Bankgeheimnisses (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN) <b>- nicht am Donnerstag -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	B'90/ GRÜNE	SSW	Reg	zus.
17	Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
18	Bericht zur Personalstruktur- und Dienstrechtsreform im Hochschulbereich (FDP)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
19	Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
20	Erfolgskontrolle ASH 2000 (FDP) - <b>mit TOP 36 nicht am Freitag -</b>	-	10	10	10	10	10	10	60
21	„Umweltranking“ (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
22	Sicherheitsmaßnahmen auf kleineren Flugplätzen (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
23	Wattenmeerkonferenz von Esbjerg (CDU) - <b>nach TOP 14 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
24	Abschaffung der Befahrungsabgabe des Nord-Ostsee-Kanals (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
25	Änderung der Geschäftsordnung (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - <b>nicht am Donnerstag -</b>	-	5	5	5	5	5	-	25
26	Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Finanzgericht (Interfraktionell)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
	<b>Berichte</b>								
27	Unterrichtssituation im Schuljahr 2000/2001 (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
28	Entwicklung der Museen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
29	Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (Reg.) - <b>Donnerstag 15:00 Uhr -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
30	Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften (Reg.) - <b>nicht am Donnerstag -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
31	Besetzung von Führungspositionen im Organisationsbereich der Landesbank (FDP)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
32	Bericht über die Tätigkeit von Sekten (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
33	Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. 7 bis 30.9.2001	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
34	Denkmalschutz und Denkmalpflege in Schleswig-Holstein (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
35	Organisations- und Rechtsformprüfung in der Forstwirtschaft (Reg.) - <b>Freitag 10:00 Uhr -</b>	-	10	10	10	10	10	10	60



TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	B'90/ GRÜNE	SSW	Reg	zus.
36	Statistischer Arbeitsmarktbericht 2000 (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
37	Bericht zur Biologischen Vielfalt (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
38	Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe (Reg.) <b>- Donnerstag 10:00 Uhr -</b>	-	10	10	10	10	10	10	60
39	Förderpolitik für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
40	Erhalt der Abendschulen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
41	Studienangebote für Architektur und Bauingenieurwesen (Reg.)	<b>- ohne Aussprache -</b>							
42	Dezentralisierung der Lehrerpersonalverwaltung (Reg.) <b>- nach TOP 38 -</b>	-	5	5	5	5	5	5	30
43	Entschießung zur Telekommunikations-Überwachungs-verordnung (FDP)	5	<b>- ohne Aussprache -</b>						5
44	Handlungskonzept der MASGV zur Sicherung der Pflegequalität (Reg.) <b>- nicht am Freitag -</b>	-	10	10	10	10	10	10	60
45	Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberlandesgerichts	<b>- ohne Aussprache -</b>							
46	Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts	<b>- ohne Aussprache -</b>							
47	Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
48	Ausweisung des Gebietes des Nationalparks Wattenmeer als Weltkulturerbe (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
49	Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
50	<b>Fragestunde</b>								<b>30</b>

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119  
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@lvn.parlanet.de  
Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter [www.parlanet.de/pressticker](http://www.parlanet.de/pressticker)